

# VOICE

Die Zeitschrift der GfbV | März 2022 | Nummer 1



## Menschenrechte in China

### Goldmedaille im Schweigen für den Bundesrat

Für Menschenrechtsaktivist:innen war die Durchführung der Olympischen Spiele in China ein Hohn. Während sich die Regierung Xi Jinpings als weltoffene Gastgeberin inszenierte, geht die gleiche Regierung immer aggressiver gegenüber der uigurischen und tibetischen Bevölkerung vor. Politische Geschlossenheit und international koordinierte Sanktionen gegenüber China sind nun gefordert. Dass sich die Schweiz dem diplomatischen Boykott der Olympischen Spiele nicht anschloss, zeigt einmal mehr: Das Schweigen angesichts der Menschenrechtsverletzungen zieht sich wie ein roter Faden durch die Schweizer China-Politik.

Gold für den Bundesrat anlässlich der Olympischen Winterspiele in Peking! Zusammen mit tibetischen

und uigurischen Organisationen in der Schweiz, verlieh die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) dem Bundesrat zum Auftakt der Spiele die Goldmedaille im Schweigen. Die Medaille ist Ausdruck für die Enttäuschung über das meisterhafte Nichtstun des Bundesrates in seiner China-Politik.

#### Staatlich vermittelte Zwangsarbeit

Seit über zwei Jahren überschlagen sich die Meldungen zu Menschenrechtsverletzungen der kommunistischen Partei Chinas (KPCh) an der eigenen Bevölkerung. Regierungsdokumente zeigen: Mindestens 2,6 Millionen Angehörige der uigurischen, kasachischen und weiteren Bevölkerungsgruppen werden in staatlich vermittelte Arbeitsplätze in Ostturkestan (chinesisch Xinjiang) und ganz China gezwungen. Die



**GESELLSCHAFT  
FÜR BEDROHTE  
VÖLKER**



Zum Auftakt der Olympischen Winterspiele in Peking verliehen tibetische und uigurische Organisationen in der Schweiz gemeinsam mit der Gesellschaft für bedrohte Völker dem Bundesrat die «Goldmedaille im Schweigen»: Aus Enttäuschung darüber, dass sich die Schweiz nicht dem diplomatischen Boykott der Spiele angeschlossen hatte.

KPCh rechtfertigt die Vermittlung als «Armutsbekämpfung» und «Hilfe für Xinjiang». In Realität sind die Arbeitsprogramme aber Teil eines repressiven Systems zur Unterdrückung und Assimilierung von religiösen und ethnischen Gemeinschaften. Sayragul Sauytbay, Geflohene aus einem Zwangslager, spricht von einem Regime der Angst: «Jederzeit können Soldaten vorbeikommen und Leute unter Vorlegung falscher Beweise in Lager abführen. Niemand ist sicher in Ostturkestan.»

#### Diplomatischer Boykott an den Olympischen Spielen

Mehrere Regierungen von Ländern wie USA, Dänemark, Grossbritannien und Neuseeland haben aufgrund der massiven Menschenrechtsverletzungen der Volksrepublik China beschlossen, keine offizielle Vertretung an die Olympischen Winterspiele und die Paralympics in Peking zu senden. Trotz mehrfacher Aufforderung aus Zivilgesellschaft und Politik und einer entsprechenden Petition hat der Bundesrat sich diesem diplomatischen Boykott nicht angeschlossen. Zwar reiste niemand nach Peking, der offizielle Grund dafür war jedoch die Coronapandemie und nicht die Menschenrechtssituation. «Damit reiht sich die Schweiz in die Liste jener Staaten ein, welche die chinesische Regierungspolitik tolerieren und trotz der massiven Menschenrechtsverletzungen in der Volksrepublik schweigen», sagt Tashi Shitsetsang vom Verein Tibeter Jugend in Europa mit Sitz in Zürich.

#### Kein Schweizer Sonderweg

Das Schweigen zu den Menschenrechtsverletzungen in China zieht sich als roter Faden durch die Chinapolitik der Schweiz. So führt die Schweiz einen Menschenrechtsdialog mit China, der hinter geschlossenen Türen stattfindet und weder für die GfbV noch andere Organisationen ersichtliche Veränderungen bringt. Vielmehr sieht die GfbV den Dialog als einen Vorwand, Menschenrechte in anderen, insbesondere in wirtschaftlichen Geschäften auszuklammern. Die GfbV setzte sich zusammen mit den tibetischen und uigurischen Organisation der Schweiz dafür ein, dass die China-

Strategie des Bundes überarbeitet werden muss. Menschenrechte sollen ins Zentrum gerückt werden. Der Nationalrat folgte den Aufforderungen nach einer Neuausrichtung der China-Strategie, scheiterte aber dann leider am Ständerat.

#### Menschenrechte vor Wirtschaftsinteressen

Im letzten Jahr hatte sich der Bundesrat nicht einmal den EU-Sanktionen gegen Verantwortliche aus der Volksrepublik China angeschlossen. Im Oktober fehlte die Schweiz ausserdem erstmals als Mitunterzeichnerin auf der neusten Deklaration im Rahmen der UNO zu den Menschenrechtsverletzungen in Ostturkestan. «Mit dieser Politik der Zurückhaltung sendet die Schweiz das falsche Signal nach Peking und spielt der Unterwanderung des internationalen Menschenrechtssystems durch die Volksrepublik China in die Hände. Nur der gemeinsame Widerstand kann etwas an dieser Politik ändern», sagt Fabienne Krebs, GfbV-Kampagnenleiterin.

#### Kein Import für Produkte aus Zwangsarbeit

Auch Unternehmen stehen in der Verantwortung: Sie müssen ihre Firmen, ihre Lieferketten sowie ihre Kunden und Geschäftspartner in China auf Verbindungen zu Zwangsarbeit prüfen. «Es ist inakzeptabel, dass Schweizer Unternehmen an schweren Menschenrechtsverletzungen durch den Import von Produkten aus Zwangsarbeit beteiligt sind. Hier braucht es dringend eine branchenübergreifende Lösung», fordert Fabienne Krebs. Doch auch hier bleibt der Bundesrat auffällig passiv. Während andere Länder Exportkontrollen, Einfuhrsperren und Unternehmensrichtlinien veröffentlichen, weigert sich der Bundesrat, konkrete Massnahmen zu ergreifen und gibt damit einmal mehr Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechten den Vorrang. Nach der Veröffentlichung eines Grundlagenpapiers im August setzt sich die GfbV deshalb auf politischer Ebene für den Vorstoss von Nationalrätin Corina Gredig ein, in dem verlangt wird, dass Zwangsarbeit im Rah-

men des Gegenvorschlags der Konzernverantwortungsinitiative zu einem Bestandteil der Sorgfaltsprüfung von Unternehmen werden muss.

#### Nicht locker lassen!

Die aktuellen Verhältnisse zeigen auf: Sowohl in der Politik als auch in der Wirtschaft werden systematisch Wirtschaftsinteressen vor Menschenrechte gestellt. Die Forderung nach einer kritischen China-Politik stösst auf viel Widerstand. Erste Bewegungen, wie das JA des Nationalrats zu einer kritischeren China-Politik zeigen aber auf: Das Engagement der tibetischen und uigurischen Organisationen zusammen mit der GfbV lohnt sich! Die GfbV ist überzeugt: Mit gemeinsamen Kräften kann ein Kurswechsel in der Politik gegenüber China erreicht werden, in dem die Einhaltung von Menschenrechten gegenüber Wirtschaftsinteressen bevorzugt wird. Dafür wird sich die GfbV weiterhin einsetzen.

Text: **Selina Pfeiffer** GfbV-Praktikantin Kommunikation

#### UBS ist nicht verhandlungsbereit

Die UBS pflegte über einen Fonds Geschäftsbeziehungen mit dem chinesischen Konzern Hikvision. Dieser ist einer der weltweit grössten Entwickler und Hersteller von Überwachungstechnologien. Damit ist Hikvision aktiv an der Überwachung der uigurischen Bevölkerung in Ostturkestan (chinesisch: Xinjiang) beteiligt. Gegen diese Geschäftsaktivität reichte die GfbV eine Beschwerde beim Schweizerischen Kontaktpunkt (NKP) ein. Trotz erschütternder Berichte über Internierungslager, wo Überwachungstechnologien von Hikvision eingesetzt werden, war die UBS nicht bereit, den Fonds aus ihrem Angebot zu nehmen.

Die GfbV ist enttäuscht über die mangelnde Bereitschaft der UBS, mehr Verantwortung zu übernehmen. Sie ist der Meinung, dass die Sorgfaltsprüfung bezüglich Menschenrechtsverletzungen auch auf das «Passive Investment» und auf die «Nominee Shareholder», also der Verwaltung von Aktien ihrer Kunden, angewendet werden muss. Enttäuscht ist die GfbV auch von der Beschwerdestelle NKP, die nicht wie in anderen Ländern üblich, eine formelle Beurteilung der Beschwerde vollzieht. Verstösse von Finanzinstituten in Sachen Menschenrechte und Umwelt sollten festgehalten werden, insbesondere wenn die Mediation zu keinen Erfolgen führt. Im veröffentlichten Final Statement zeigt sich die UBS bereit, sich weiter mit der GfbV auszutauschen und die Problematik auch innerhalb der Branche zu diskutieren. Die GfbV begrüsst dies, doch sind das Selbstverständlichkeiten. Die GfbV wird sich weiterhin mit Betroffenen-Organisationen dafür einsetzen, dass multinationale Unternehmen für all ihre Geschäfte Verantwortung tragen und belangt werden können.



## Editorial

*Zum Auftakt der Olympischen Winterspiele in Peking haben uigurische und tibetische Organisationen aus der Schweiz gemeinsam mit der GfbV dem Bundesrat eine Goldmedaille im Schweigen verliehen: Die Medaille drückt die Enttäuschung aus, dass der Bundesrat sich dem diplomatischen Boykott der Spiele nicht anschloss, sondern mit Verweis auf die Corona-Pandemie auf die Teilnahme eines Regierungsmitglieds verzichtete.*

*Die GfbV und ihre Partnerorganisationen fordern seit Jahren, dass die Schweiz die Wirtschaftsbeziehungen nicht länger höher als die Menschenrechte gewichten soll. Nur durch geschlossenen Widerstand zahlreicher Länder kann etwas an der Politik Chinas geändert werden. Die Schweiz darf hier keinen Sonderweg gehen, fordern die GfbV und ihre Partner. Mehr zur Rolle der Schweiz lesen Sie ab Seite 1.*

*Schliesslich zwei Meldungen in eigener Sache: Als Organisation, welche für die Rechte indigener Gemeinschaften und Minderheiten einsteht, benutzen wir künftig eine Sprache, die mit Hilfe des Gender-Doppelpunkts alle Geschlechter anspricht. Wir danken unseren Leser:innen fürs Verständnis!*

*Gerne laden wir Sie zudem zu unserer Mitgliederversammlung ein, am Montag, 16. Mai 2022 in Bern um 18.15 Uhr in unseren Büro-Räumlichkeiten am Birkenweg 61, mit anschliessendem Apéro. Bitte melden Sie sich an bis zum 2. Mai: [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch).*

*Wir wünschen Ihnen gute Lektüre!*

Fabienne Krebs, GfbV-Kampagnenleiterin

#### IMPRESSUM

VOICE 1, März 2021 **Herausgeberin:** Gesellschaft für bedrohte Völker, Birkenweg 61, CH-3013 Bern, 031 939 00 00, [info@gfbv.ch](mailto:info@gfbv.ch), [www.gfbv.ch](http://www.gfbv.ch)  
**Redaktion:** Dominique Schärer, Selina Pfeiffer **Layout:** Tania Brügger Márquez **Mitarbeit an dieser Nummer:** Julia Büsser, Fabienne Krebs, Lea Künzli **Erscheinungsweise:** vierteljährlich **Auflage:** 3500 Exemplare  
**Druck:** Mattenbach AG; gedruckt auf Plano Speed **Abonnement:** : CHF 30.-/Jahr (wird jährlich einmal von Ihrer Spende abgezogen) **Mitgliederbeitrag:** mindestens CHF 80.-/Jahr **Titelbildfoto:** TCSL

# Erfolge 2021 für Minderheiten und Indigene – auch dank Ihnen!

Im vergangenen Jahr haben wir Erfolge gefeiert und mit unseren Kampagnen Veränderungen bewirken können. Ohne Sie, liebe Mitglieder und Spender:innen, wären die Etappensiege auf der Weltkarte nicht möglich gewesen. Wir danken Ihnen herzlich für Ihre wertvolle Unterstützung!

Bezug zur Schweiz  
Erfolge im Ausland

## Norwegen

### Windpark auf Sami-Rentierweide wird Lizenz entzogen

Die Rentierzucht der Sami auf der Fosen Halbinsel ist durch die Fosen Windparkanlage bedroht. Die Sami aus Storheia leisten seit Jahren Widerstand gegen den Windpark. 2021 erzielten sie einen ersten Erfolg: Das oberste Gericht Norwegens entzog dem Windpark kurz nach seiner Einweihung die Lizenz. Das Urteil zeigt: Auch grüne Energieprojekte müssen Menschenrechte berücksichtigen.

## Russland

### Rohstoffkonzerne im Gespräch mit Sami

Die GfbV lancierte im 2021 die neue Kampagne «Arctic Life, Indigenous Rights Now!». Dabei baute die GfbV wichtige Allianzen mit Indigenen aus der russischen Arktis auf. Mit verschiedenen Partnerorganisationen erreichte die GfbV, dass erstmals Gespräche mit dem für grosse Umweltschäden verantwortlichen Konzern Nor Nickel stattfanden.

## Brasilien

### GfbV Film «Bedrohter Tapajós»

Der Regisseur Tomaz Pedro produzierte für die GfbV den Film «Bedrohter Tapajós». Dieser portraitiert indigene Menschen aus dem Tapajós und zeigt ihre Sicht auf die neu geplanten Infrastrukturprojekte im Amazonas auf. Der Film stiess auf grosse Begeisterung an verschiedenen Filmfestivals und hat bereits mehrere Preise gewonnen.

## Schweiz/Norwegen: BKW übernimmt mehr Konzernverantwortung

Die BKW ist am Windpark beteiligt, der die Rechte der Sami auf der norwegischen Fosen-Halbinsel einschränkt. Dagegen hat die GfbV Beschwerden beim Schweizer Kontaktpunkt (NKP) eingereicht. Im Mediationsverfahren zeigte sich die BKW bereit, die Rechte indigener Gemeinschaften in ihren internen Richtlinien zu verankern.

## Schweiz/China: Die Schweiz muss für Menschenrechte einstehen!

Ein JA des Nationalrates: Der Bundesrat muss einen Bericht zur Situation der tibetischen Gemeinschaft in der Schweiz erstellen. Auch muss er den Menschenrechtsdialog mit China evaluieren. Anlass dafür war die 2018 eingereichte Petition der Tibet-Organisationen und der GfbV.

## Schweiz/Brasilien: Mit GfbV-Bericht Banken zur Verantwortung aufrufen

Die GfbV veröffentlichte 2021 einen Bericht zu geplanten Infrastrukturprojekten im Tapajós, im Herzen des brasilianischen Amazonas. Mit einer Zugverbindung und einer Wasserstrasse soll der Export von Produkten aus dem Amazonas vorangetrieben werden. Der Bericht der GfbV zeigt die Sicht der betroffenen indigenen Gemeinschaften auf die geplanten Projekte, sowie mögliche beteiligte Finanzinstitutionen auf.

Brasilien

Norwegen

Schweiz

Russland

China

## Brasilien: Indigene eignen sich politisches und juristisches Wissen an

In Brasilien verfolgt die Regierung von Jair Bolsonaro klar das Ziel, die Rechte der indigenen Gemeinschaften zu untergraben. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, braucht es zunehmend Vernetzung sowie juristisches und politisches Know-How. Immer mehr junge Indigene treten ein Jura-Studium an, um sich, ihre Gemeinschaft und ihr Territorium vor Übergriffen zu schützen.

Die GfbV reagierte auf das neue Bedürfnis, indem sie ein Projekt der Partnerorganisation CIMI (Conselho Indigenista Missionário CIMI) unterstützte: Im Rahmen des Projektes «Politische und juristische Bildung» führte CIMI mit Vertreter:innen der Gemeinschaften der Munduruku und Kumaruara zwischen 2018 und 2021 neun Workshops mit insgesamt über 450 Teilnehmenden durch.

In den Workshops standen einerseits Fragen zu Gemeinschaft und Identität im Fokus: Was macht uns als Munduruku aus? Was bedeutet «Territorium» für uns Kumaruara? Anschließend erhielten die Teilnehmenden einen Einblick in das brasilianische Justiz- und Politiksystem, und sie machten sich Gedanken, wie und zu welchen Fragen sie konsultiert werden möchten: Wie kann ihre Gemeinschaft das im Rahmen der UNO vorgesehene Recht auf «freie, vorzeitige und informierte Konsultation» bei Wirtschaftsvorhaben («Free, Prior and Informed Consent FPIC») nützen? Am Ende hatten die Teilnehmenden je ein Konsultationsprotokoll erarbeitet - ein juristisches Dokument für den Kampf um ihre Rechte.

Die Workshops und erarbeiteten Protokolle haben auf Ebene der Gemeinden bereits zu einer stärkeren Beteiligung der indigenen Gemeinschaften geführt. Auch während Diskussionen mit Vertretenden mehrerer Bundesministerien in Brasília konnten die Absolvent:innen der Workshops auf das neue Wissen zurückgreifen.

Die GfbV und CIMI prüfen nun die Durchführung ähnlicher Projekte mit anderen Gemeinschaften oder die Weiterentwicklung dieses Projektes, damit möglichst viele Indigene in Brasilien ihre Zukunft über den politischen und juristischen Weg mitbestimmen können.

Text: **Julia Büsser** GfbV-Verantwortliche Amazonas-Kampagne



FOTO: THOMAZ PEDRO



## Filmen für die Rechte von Indigenen in Brasilien

**Thomaz Pedro ist Regisseur des Films «Bedrohter Tapajós», den die GfbV produziert hat. Der Film zeigt die Sicht von Indigenen aus der Region Tapajós im brasilianischen Amazonas auf eine Reihe von geplanten Infrastrukturprojekten. Der Film wurde an verschiedenen Festivals gezeigt und fand grossen Anklang beim Publikum.**

Interview: Dominique Schärer / Selina Pfeiffer / Foto: Thomaz Pedro

### Was motiviert Sie, Filme über das Leben und die Herausforderungen von indigenen Gemeinschaften im brasilianischen Amazonas zu machen?

Im Film sehe ich die Möglichkeit, mündliche Traditionen und Wissen verständlich zu machen und festzuhalten. Darin liegt auch meine Motivation, Filme mit Indigenen zu produzieren. Die Darstellung von indigenen Lebensweisen und die damit einhergehende Kritik der Zerstörung ihrer Lebensgrundlage und Kultur ist auch ein wichtiges Instrument von indigenen Gemeinschaften im Kampf um ihre Rechte.

### Für Ihren Film «Bedrohter Tapajós» sind Sie zu indigenen Gemeinschaften in den Amazonas gereist. Was hat Sie während dieser Reise am meisten beeindruckt?

Diese Region Brasiliens ist wirklich wunderschön: Ein riesiger Fluss, dichter Regenwald und Wildtiere. Was mich aber fast am meisten beeindruckte war die Tatsache, wie indigene Gemeinschaften den Angriffen von Sojabauern, illegalen Bergleuten und illegalen Holzfäller ausgesetzt sind. Die einzige Möglichkeit, sich zu verteidigen, besteht darin, sich zusammenschliessen und in Gemeinschaft zu leben.

### Welches ist die grösste Herausforderung für die indigenen Gemeinschaften unter all den Herausforderungen?

Die grösste Herausforderung ist Präsident Jair Bolsonaro, der eine schlimme Anti-Indigenen-Politik betreibt. Bolsonaro muss gestoppt werden. Indigene Rechte müssen wieder gestärkt werden, besonders was die Anerkennung der Territorien betrifft.

### Wie ist die Reaktion der brasilianischen Öffentlichkeit auf Ihren Film?

Unser Film wurde von der brasilianischen Öffentlichkeit sehr gut aufgenommen! Er wurde auf einigen wichtigen Festivals vorgeführt und hat auch viele Menschen erreicht. Heute habe ich eine Nachricht von einem befreundeten Lehrer einer Klasse erhalten, der mir mitteilte, dass einige seiner 17-jährigen Schüler ein Projekt zum Thema «Bedrohter Tapajós» gemacht haben. Ich glaube, das ist genau das, was wir mit unserem Film erreichen wollten.

### Der Film hat bereits drei Preise erhalten. Welche Wirkung kann ein Dokumentarfilm wie «Bedrohter Tapajós» haben?

Es ist wirklich wichtig für einen Film, diese Anerkennung von Festivals zu bekommen. Gerade die Publikumspreise zeigen, dass wir unsere Botschaft auf eine Art und Weise vermitteln konnten, die unser Publikum erreicht hat.

### Wie können wir in der Schweiz die indigenen Gemeinschaften im Amazonasgebiet unterstützen?

Ein erster Schritt ist es, zu verstehen, wer diese Menschen sind, die in Brasilien leben. Aus internationaler Sicht ist es dringend notwendig, sich klar gegen Bolsonaros indigenen- und umweltfeindliche Agenda zu positionieren. Weiter ist es wichtig, dass die Schweizer Banken kein Geld für die Finanzierung der Projekte im Tapajós-Flussgebiet zur Verfügung stellen.



#### GfbV Film «Bedrohter Tapajós»

Der GfbV Film «Bedrohter Tapajós» zeigt die Perspektive von Indigenen aus dem Amazonas auf eine Reihe von geplanten Infrastrukturprojekten in der Tapajós Region, im Herzen des Amazonas. Mit einer Eisenbahn und einer Wasserstrasse sollen Produkte aus dem Amazonas wie Rindfleisch und Soja noch schneller in die Welt transportiert werden. Der Film zeigt Auswirkungen und Widerstand der indigenen Gemeinschaft gegen diese Projekte. «Bedrohter Tapajós» gewann bereits mehrere Preise an verschiedenen Festivals und fand grossen Anklang beim Publikum.

Zum Film: [www.gfbv.ch/de/kampagnen/amazonas/#film-bedrohter-tapajos](http://www.gfbv.ch/de/kampagnen/amazonas/#film-bedrohter-tapajos)



Zum Bericht: <https://gfbv.exposure.co/todesprojekte-im-amazonasbsp>

